FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

RESOLUTION Winterklausur 2026

Krisenfeste Kommunen als Schlüssel für ein resilientes Bayern: Effektiver Bevölkerungsschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Der aktuelle geopolitische Kontext, insbesondere der russische Angriffskrieg in der Ukraine und der offen zur Schau gestellte russische Imperialismus und Revisionismus, stellen die Bundesrepublik und den Freistaat vor tiefgreifende sicherheitspolitische Herausforderungen. Zu einer integrierten Verteidigungsfähigkeit gehören dabei aber nicht nur der militärische Bereich, sondern auch ein funktionsfähiger Zivilschutz. Zudem haben die Flutkatastrophen der letzten Jahre sowie die Covid-19-Pandemie deutlich gezeigt, wie wichtig konsequente Vorbereitungs- und Koordinierungsmaßnahmen im Katastrophenschutz sind. Der Freistaat wird deshalb als erstes Bundesland ein eigenes Landesamt für Bevölkerungsschutz einrichten, in welchem die operativen Aufgaben der Feuerwehren, des Rettungswesens sowie im Katastrophen- und Zivilschutz gebündelt werden sollen.

Gleichzeitig nehmen aber insbesondere die Kommunen eine zentrale Rolle im Rahmen der zivilen Verteidigung ein, da sie in einem potenziellen Bündnis- oder Verteidigungsfall für die Umsetzung des Bevölkerungsschutzes vor Ort mitverantwortlich sind und sich den ergebenen Herausforderungen unmittelbar ausgesetzt sehen würden. Gerade die Kreisverwaltungsbehörden (Landratsämter und kreisfreie Städte) als untere Katastrophenschutzbehörden müssen zudem in der Lage sein, in allen erdenklichen Szenarien für einen durchgängigen und funktionsfähigen Bevölkerungsschutz in ihren Landkreisen sorgen zu können. Für uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion steht deshalb fest: Um die Effizienz des neuen Landesamts optimieren und den Bevölkerungsschutz vor Ort stärken zu können, muss das Landesamt in seiner täglichen Arbeit bestmöglich in

die Fläche wirken und sich dabei mit der kommunalen Ebene koordinieren können. Deshalb werden neue staatliche Stellen im Bereich des Bevölkerungsschutzes an den Kreisverwaltungsbehörden benötigt. Diese sollen dem Landesamt fachlich angegliedert werden, die betroffenen Mitarbeiter werden aber vor Ort in den Kreisverwaltungsbehörden aktiv sein. Die benötigten Stellen sollen dabei kostenneutral als umsetzende Organe Teil des bereits für das Landesamt eingeplanten Stellenbedarfs sein. Außerdem ist es uns FREIEN WÄHLERN im Landtag von Bedeutung, dass die Expertise aus der praktischen Arbeit der Hilfsorganisationen im Arbeitsalltag des Landesamts aufgegriffen und genutzt werden kann: Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass auch Mitarbeiter der Hilfsorganisationen und Rettungsdienste in der Stellenplanung für das Landesamt mitberücksichtigt werden. Durch diese Maßnahmen wollen wir FREIE WÄHLER im Landtag dafür sorgen, dass das geplante Landesamt den Bevölkerungsschutz in ganz Bayern zukunftsfest aufstellen kann und gleichzeitig der Bevölkerungsschutz auf kommunaler Ebene gestärkt wird.